Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 15

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

"Staatswirtschaftliche Fortschritte"

-an- Es soll eine zweite schweizerische Zuckerfabrik gebaut werden, damit die Bauern Zuckerrüben anbauen und verwerten können. Im Nationalrat wurde darüber debattiert. Argument dagegen: Es fehlt an der verfasfassungsmässigen Grundlage, eine solche Fabrik zu errichten. Weiteres Argument: Der Zucker, den uns diese Fabrik bescheren wird, kommt zweifellos teurer, vielleicht sehr viel teurer zu stehen als Importzucker. Noch ein Argument: Es wird an inländischen Arbeitskräften fehlen, um die notwendige Arbeit zu leisten. Und die importierten Arbeiter werden wieder Mehrkosten verursachen und überdies ihre Lohnerträgnisse heimschaffen. Was sie aber forttragen, kann einen namhaften Teil der Beträge ausmachen, die wir für den Zuckerimport ausgeben müssten.

Zum ersten Argument wurde von bundesrätlicher Seite gesagt, daran werde sich das Volk weniger stossen als vielleicht an dringlichen Bundesbeschlüssen. Im übrigen werde ein Beschluss der Räte dem Referendum unterstehen. Die grundsätzlichen Kritiker werden sagen, das Volk habe überhaupt keine Ahnung, ob die Verfassung «geritzt» werde oder nicht. Desto mehr müssten Bundesrat und legislative Tempelhüter der Grundgesetze unseres Bundesstaates sein. Ihnen wird man ja antworten können, die verfassungsmässige Grundlage für die neue Fabrik und ähnliche Einrichtungen aller Art werde sich ja wohl durch die Wirtschaftsartikel — sie sind vom Ständerat angenommen worden und damit nun bald abstimmungsreif — ergeben.

Zum zweiten Argument hätte ja wohl die alte «Konsumentenpartei», die Sozialdemokratie, reden müssen. Aber sie unterstützte die Landwirtschaft in der wohlverstandenen Einsicht, dass hier ein praktisches Werk zur Stützung unserer eigenen Bauernschaft in der Nachkriegszeit geschaffen werden solle. Für sie kommt die Frage eines überhöhten Inland-Zuckerpreises erst in zweiter Linie. Was wir selber draufzahlen müssen, will natürlich durch den Export verdient sein. Dass die Industriellen darum Gegner der Vorlage sind, ist erklärlich. Denn von der Exportindustrie wird ja verlangt werden, dass sie den Arbeitern jeden Rappen herschaffe, welchen sie infolge irgendwelcher Verteuerung unserer Lebenshaltung haben müssen. Ueberdies denkt der «liberalistische Unternehmer» daran, dass jeder Minderkauf im Ausland unsere Möglichkeiten, zu verkaufen, einschränke. Denn: «Wer nichts kaufen will, dem kauft man nichts ab». Nun wird ja der Zucker, den wir weniger kaufen, nicht viel ausmachen. Fängt man aber in irgendeinem Sektor auf einer neuen Basis mit forcierter Eigenproduktion an, schmälert man mit dem Minderimport die Tausch- und damit die Exportmöglichkeiten grundsätzlich.

Zum dritten Argument ist zu sagen, dass jedenfalls nach dem Ende der jetzigen Konjunktur keine Sorge um die Arbeitskräfte bestehen wird. Eher wird man froh sein um Arbeitsgelegenheiten. Alles in allem aber: Der gerügte «Fortschritt der Staatswirtschaft» entspringt zeitnotwendigen Entwicklungen, unabstreitbar!

Die grossen britischen Erfolge

Die Russen räumen in der Tat Nordpersien. Das bedeutet einen grossen Erfolg Englands. Gleichzeitig sind in Griechenland Wahlen durchgeführt worden, deren Ergebnis man ebenso als einen Triumph des britischen Willens ansehen kann. Nicht dass mit diesen beiden Ereig-

doner Labourregierung sich nun auf Lorbeeren setzen und ohne Argwohn ausruhen könnte. Die Konfliktstöffe sind nicht aus der Welt geschafft. Die zurückgewichene genpartei verfügt über viele Möglichkeiten, auf anderl Wegen und zu einem spätern Zeitpunkt zu ihren Zielen zi kommen, und wenn über kurz oder lang die Offensivstösse neu einsetzen, wird Aussenminister Bevin abermals seine ganze Wachsamkeit aufbieten müssen, um nicht überrunpelt zu werden. Vom angreifenden Gegner oder von ubbentrellierten G kontrollierbaren Geschehnissen, die der Gegner nicht einmal planmässig herbeigeführt hat. Es liegt eben in del Natur der Sache, dass das verarmte Griechenland, an siel ein vulkanischer politischer Boden, unverhältnismässig schwer zu kämpfen hat, um sich wirtschaftlich und sozial wieder in die Balance zu bringen. Und was Iran betriff, handelt es sieh um einer Gr handelt es sich um einen Staat, welcher gerade erst durch die Petrolausbeutung in die kapitalistische Entfaltung eingerissen worden und damit immer in Gefahr steht neuen, noch vor einem Vierteljahrhundert nicht gekänntel sozialen Spannungen die Stirne bieten zu müssen und dazu geistig und nelitige geistig und politisch nicht reif zu sein. Man kann das heutige Iran in manchen Utzeiten zu müssen und das heutige Iran in manchen Utzeit zu sein. heutige Iran in mancher Hinsicht mit dem zaristischen Russland veraleichen Franzie und Russland vergleichen. Es ist wie jenes kapitalmässig und technisch nicht ausgan. technisch nicht ausgerüstet, um die eigenen Bodenschätze auszubeuten und darum zu ** auszubeuten und darum von fremdem Kapital abhängig, so zial von einer Oberschicht beherrscht, die teils «westlichtliberal» orientiert teils blackte. liberal» orientiert, teils klerikal-reaktionär, auf jeden fallaber durch den Resitz von aber durch den Besitz von der grossen, armen Volksmehr zu heit getrennt die Zeichen heit getrennt, die Zeichen der modernen Zeit schwer gleichen erkennen vermag. Hier bei der modernen Zeit schwer gleichen der modernen zeit gleichen der modernen zeit gleichen der modernen der mehr gleichen der modernen der mehr gleichen der mehr glei erkennen vermag. Hier haben die Russen jene «Weichtstellen» gefunden an welch stellen» gefunden, an welchen sie angreifen können, zwimit einem einmaligen freundschaftlichen Abkommen zwischen Moskau und Tehen schen Moskau und Teheran wird es eben nicht gemacht sein. Das heisst die Trada Das heisst die Das heisst die Das heisst die Trada Das h sein. Das heisst, die «Tudeh-Partei», die ihre Hoffnungen auf Moskau setzt wird ab auf Moskau setzt, wird eben in Zukunft noch rühriger werden, als sie bisber war D den, als sie bisher war. Da sie in Aserbeidschan, mögen nun der Fall von den Breefen in Zukunft noch rühriget mögen nun der Fall von den Breefen in Zukunft noch rühriget mögen in Aserbeidschan, mögen in Aserbeidschan, mögen in Zukunft noch rühriget mögen nun der Fall von den Zukunft noch rühriget mögen nun der Fall von den Zukunft noch rühriget mögen nun der Fall von den Zukunft noch nun den Zukunft nun der Fall von den Russen als «rein innerpersische Angelegenheit» anerkannt gelegenheit» anerkannt werden oder nicht, kaum aus Agi-Sattel geworfen wird besitet Sattel geworfen wird, besitzt sie künftig ihr ideales Agtationszentrum. Eines Tages könnte sie stark genug werden, um die Regierungsgewalt den, um die Regierungsgewalt an sich zu reissen.

Während der Debatte um den Iran ist darauf iber wiesen worden, dass die Engländer in Südpersien der Haupt keine andern Vorber in Sicher Brosshaupt keine andern Verhandlungspartner als die würdel Grundherren hätten Grundherren hätten. Fänden sie einen andern, würden sie sich an ihn halten war zu einen andern, sie sich an ihn halten und die bisherige, wenig sympathische Partnerschaft aufmal thische Partnerschaft aufgeben. Für die Labourregierung Für die Labourregierung eröffnet die neue Entwicklung in Persien nun natürlich auch neue Aussichten. Die «Tudeh-Partei» ist so wehl einschichtig, wie die Linksportein der Verhalten einschichtig, wie die Linksparteien irgendwo auf der Welt-Es gehört fast zu den Schleiben der Gerbeite der Schleiben der Schlei Es gehört fast zu den Selbstverständlichkeiten, dass sich in ihr auch «westlich existet in ihr auch «westlich orientierte Elemente» finden, welche den «probolschewistisch» den «probolschewistischen» Flügel je nachdem sogar bekämpfen werden Die kampfen bei bestellt bekämpfen werden Die kampfen bestellt bekämpfen werden bestellt bekämpfen bestellt bekämpfen werden bestellt bestell kämpfen werden. Die konservativen britischen Regierungen haben selbstvorständt. gen haben selbstverständlich nicht versucht, Persien Aber erevolutionieren und die «revolutionieren» und die «Linkskreise» zu fördern. Aufgabe eine Labourregierung wird eher wissen, welche Aufgabe vor ihr liegt. Könnte ein Labourregierung wird eher wissen, welche Aufgabe Detsien den vor ihr liegt. Könnte ein «bolschewisiertes Persien» den Ring der Pufferstaaten um Britaniertes Persiens wichtigsten Ring der Pufferstaaten um Russland an der wichtigsten Stelle schliessen, wiirde Stelle schliessen, würde sich ein «parlamentarisches Schutz" demokratisch-soziales Persien» umgekehrt zu einem Schutzwall des britischen wall des britischen Empires entwickeln. Zieht sich also hier die Entwicklung in die Terwolit hier die Entwicklung in die Länge, wird sie nicht revolutionär umgestürzt. kann sich der Vertragen werden werden der Vertragen d tionär umgestürzt, kann sich der britisch-russische





dass am Tage der groskommunistischen sen Wahlkampagne in Mailand ein Zug von 120 italienischen Kriegsgefangenen im Haupteinlief. bahnhof mit grossen Wagenaufschriften, wiesen Heimkehrer auf Schwierigkeiten hin, die ihnen in russischer Gefangenschaft begneten. Links:

Am 2. April ist die grosse Utrechter Messe Das eröffnet worden. Messegebäude, das von jeglichen Kriegsschäden verschont geblieben ist, vereinigt 1500 Aussteller. Wir zeigen Königin Wilhelmine und Kronprinzessin Juliana im der Schweizer Aussteller der



Präsidium Das des Schweizerischen Pfadfinderbundes wurde Dr. Louis Blondel in Genf anvertraut. Der bekannte Archäologe hat sein Wissen eminentes den wissenschaftlichen Fachgesellschaften zur fügung gestellt und daneben in der Pfadfinderbewegung eine bedeutende Rolle gespielt.



Washington zur Berichten, weiten werden wirden werden weiten weiternährungskonferenz weiten eine Delegation entsandt hat. Schweizer Dr. Ritter (Zweiter von Wirtschaften und Land-Mittschaften und Lan



streit sehr wohl auf dem Boden einer Werbung um die heute noch in der Minderheit stehenden Linkskreise abspielen. Auch die Engländer können ihre Agitationszentren organisieren: In ihren eigenen südpersischen Konzessionsgebieten!

Die griechische Zukunft

liegt trotz dem gefallenen Wahlentscheid durchaus im Ungewissen, und nur der Umstand, dass ein neuer Sommer und eine neue, erste Nachkriegsernte die bittersten Nöte lindern wird, darf als sicherstes Besserungsmoment gewertet werden. Die «Volkspartei», die im wesentlichen monarchistisch orientiert ist, hat von den abgegebenen Wahlstimmen mehr als die Hälfte für sich gewonnen. Die Liberalen bürgerlicher Richtung, welche als Republikaner gelten, nehmen den zweiten Platz ein. Die verwirrlichen Parteinamen der vielen andern, oft fast « atomisierten » Gruppen und Grüppchen können vergessen werden, sinken sie doch neben den beiden stärksten zur Bedeutungslosigkeit herunter. Aber: Die Linksparteien haben den Wahlstreik durchgeführt. Wieviele Wähler sie für sich mobilisiert hätten, steht gar nicht fest. Die Angaben schwanken zwischen 30 und 50% aller eingeschriebenen Wähler. Im schlimmern Falle haben also die royalistischen Volksparteiler nicht die Hälfte, sondern nur ein Viertel aller Bürger hinter sich. Im bessern Falle die Hälfte von 70%, also doch nur 35%. Die Linke hat damit erreicht, was sie gewollt: Sie hat demonstriert, dass die Royalisten sich nicht als wirkliche Siegerin und Vertreterin einer Volksmehrheit betrachten können.

Wer eigentlich diese «Linken» sind, darüber herrschen ausserhalb Griechenlands nur unklare Vorstellungen. Wer der russischen Lagedarstellung glauben wollte, hätte lauter Kommunisten vor sich. In Wirklichkeit machen diese unbedingten Russlandfreunde, die ganz «echten Kommunisten», nur einen unbedeutenden Haufen aus, genau wie die X-Gruppe rechts, die als gefährliche royalistische und fascistische Putschistengruppe dargestellt worden und nachher bei den Wahlen mit lächerlich geringen Resultaten abschnitt - zweifellos, weil einige hunderttausend britische Bajonette die terrorlose Wahlaktion sicherten. (Obgleich sie nicht überall Wache stehen konnten). Der kommunistische Anhang in Saloniki und in einigen Hafenstädten mag stärker sein als die X-Gruppen im Peloponnes, aber stärker als der Kommunismus sind doch die sozialistischen Organisationen. Mit ihrer Existenz rechnet man rechts insofern, als man sie eines Tages zur Verbreiterung der Regierungsbasis heranzuziehen versuchen will, in der klaren Einsicht, dass nur der Bürgerkrieg die «EAM»- Allianz ermöglicht habe. In Friedenszeiten müssen Sozialisten und Kommunisten wie anderswo wieder auseinandergehen.

Die neue griechische Regierung ist als eine Koalition unter Führung der Volkspartei ins Leben getreten. Die zwei wichtigsten Ministerien, Justiz- und Aussenministerium, sind royalistisch geführt. Hoffentlich rät der Monarch im Exil seinen Anhängern von der Dummheit ab, sogleich eine Volksbefragung über «Monarchie oder Republik» durchzuführen. Mit oder ohne Wahlstreiks .inks müsste der König in der Minderheit bleiben - oder man versuche es mit Terrorwahlen. Ebensolche wollen die Engländer verhindern. Infolgedessen wird die englische Armee im Lande bleiben und sich weiterhin der Befriedung widmen. Hoffentlich nehmen die Russen sich das griechische Problem einmal von dieser Seite vor und sehen ein, dass die Engländer wirklich keine «Königswahlen» zaubern wollten, und dass sie es sind, welche nun allein die Volkspartei daran hindern werden, ihrerseits solche durch Terror zu erzwingen.

Das Rätsel des russisch-persischen Abkommens,

welches hinter dem freiwilligen und «bedingungslosen»

russischen Rückzug liegt, wird in London weiterhin argwöhnisch studiert. Im Sicherheitsrat der « UNO » arbeitet man mit der Formel einer «Vereinbarung zwischen Russland und Persien, welche ohne den Druck der anwesenden russischen Armee zustande gekommen sei», vertagt die Angelegenheit bis zum 6. Mai, wird alsdann von den beiden Parteien neue Auskünfte einholen, wie weit sie in ihren Vereinbarungen gekommen seien, und dann einen «Endbeschluss» fassen. Somit wäre formal alles in Ordnung. Die Russen haben an diesen Verhandlungen nicht teilgenommen, weil man nicht bis zum 10. April warten wollte — sie haben die sichtbare Niederlage vermieden, und ob sie eine unsichtbare erlitten, ist nicht ganz so sicher, obgleich der sichtbare britische Sieg dies zu beweisen scheint.

Das Oel — so scheint es, ist nun zum Hauptgegenstand der Unterhandlungen geworden. Und wenn man heute schon klar sieht, haben die Russen ihre einst erworbenen, nach dem Zusammenbruch des Zarismus von Lenin aber aufgegebenen Konzessionen wiedergewonnen. Sie haben sie noch nicht «im Sack». Aber dem persischen Parlament soll innert einer gewissen Frist eine Vorlage unterbreitet werden über die Gründung einer gemischten russisch-iranischen Oel-Gesellschaften. Für Iran klingt dies dem Wortlaut nach sehr vorteilhaft. Es ist sogar die Frage, ob sich die Perser gegenüber den Engländern, falls neue Konzessionsgebiete in Südpersien erschlossen werden sollen, nicht analog ins Geschäft einschieben werden wollen. Am 6. Mai werden beide Parteien in Neuvork Meldung erstatten müssen, wie sie unter sich ins Reine gekommen seien, und wahrscheinlich wird man erst dann genau erfahren, was alles sie vereinbart haben.

Die Verhandlungen, wenn wirklich solche grundsätzlicher Art noch nötig sind, werden übrigens unter dem Schatten anderer Ereignisse stehen und sich der Aufmerksamkeit der Welt entziehen. Es ist nämlich heute endlich doch so weit, dass die Einladungen zur Friedenskonferenz mit den Satellitenstaaten Deutschlands versandbereit zu sein scheinen. Das heisst: Finnland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien können sich heute vorstellen, dass sie vielleicht im kommenden Herbst einen Vertrag unterschreiben dürfen. Finnland hat kein weiteres Gebiet einzubüssen ausser dem bereits russisch besetzten Karelien, Petsamo und dem Westufer des Ladogasees. Ungarn hat mit Rumänien Siebenbürgen endgültig aufzuteilen, auf die Dobrudscha zugunsten Bulgariens zu verzichten und vielleicht den Jugoslawen ein Stück des Banats zu überlassen. Bulgarien, Russlands Schützling, ist aus griechisch Thrazien und dem serbischen Mazedonien gewichen und wird die Dobrudscha erben - und alle vier werden gewaltige materielle Wiedergutmachungen in bar und natura zu leisten haben (oder bereits geleistet haben).

Aber Italien? König Umberto hat endgültig auf die Krone verzichtet, weil bei den Gemeindewahlen ein absoluter Sieg der republikanischen Linken bewiesen hat, wohin die soziale Nachkriegsnot und die aussenpolitische Zukunft, die nur düstere Perspektiven aufweist, den Zeiger gedreht haben. Es soll in nächster Zeit eine neue Aussenminister-Konferenz zusammentreten, um, wie es heisst, die Probleme Triest, Tripolitanien und Südtirol zu bereinigen - und zwar diesmal endgültig. Die alliierte Kommission, welche in Triest und in ganz Julisch-Venezien die Probleme an Ort und Stelle studieren gegangen, wird wohl dieser Konferenz ihren Bericht vorlegen, und er wird die Grundlage des Entscheides sein, der gefällt werden muss, sofern je ein Vertrag mit Italien zustande kommen soll. Was Tripolitanien angeht, bedeutet es für die Russen wahrscheinlich nur ein «Markt-Objekt» — vielleicht für das jugoslawische Triest. Ein solches könnte leider auch das deutschösterreichische Südtirol für die Engländer werden, um Triest für Italien zu erfeilschen.



Auf dem der Eidgenossenschaft gehörenden Landsitz «Lohn» bei Kehrsatz-Bern, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen einer UNO-Delegation und einer schweizerischen Vertretung statt. Verhandlungsgegenstand ist die Uebernahme des Völkerbundsgebäudes durch die UNO. — Unser Bild: Blick in den Konferenzraum während der Begrüssungsansprache

grüssungsansprache Rechts:

Wie das leider Tradition ist, wurde der Kinderumzug des Sechseläutens 1946 wieder bei kaltem Wetter abgehalten. Unser Bild zeigt den langen Zug, der an Zahl der Beteiligten seine Kriegsvorgänger beträchtlich übertraf, auf dem Limmatquai



Auf Ansuchen der Schweizer Stiftung Pro Aero, die die Förderung der Nationalen Luftfahrt bezweckt, gibt die PTT-Verwaltung, in Verbindung mit Sonderpostflügen Lausanne — Luzern — Locarno und umgekehrt, eine Sondermarke heraus. Der Reinerlös ist für die genannte Stiftung bestimmt. Der Taxwert beträgt Fr. 1.50. (Photopress)



Früher oder später widandas italienische Volk des entscheiden müssen, der beibehalten Wille Staatsform wählen wille Staatsform wählen wille Bild zeigt die Familie Kronprinzen Umberder eines Spaziersgangerend eines Spaziersgangerend eines Kronprinzensin Marie Joseph Prinzessin Marie Kinder pien, die beiden junge Prinz von Jenks:

Links:
Won der Mädchensekund
schule Monbijou
wurde ein eindruckst,
Pestalozzispiel aufgeführt
Unser Bild zeigt
lozzidenkmal, dargestellt
Schülerinnen.